

- Ministerbüro -

Bonn, den 07.02.1990

- von JM noch nicht gebilligt -

V e r m e r k

zdf 13/2

Betr.: Gespräch BM mit britischem AM Hurd am 06. Februar 1990

1. Britische Seite: AM Hurd, Botschafter Mallaby, MB
Deutsche Seite: BM, Botschafter v. Richthofen, VLR Schumacher (013), VLR I Mützelburg
2. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die sich aus der Entwicklung zur deutschen Einheit ergebenden Fragen. Weitere Gesprächsthemen waren die Entwicklung in Südafrika, die Teilnahme an den Unabhängigkeitsfeiern für Namibia sowie die Frage des britischen Wiederbeitritts zur UNESCO.
3. Einleitend fragte AM nach jüngsten Entwicklungen in DDR. Er erbat BMs Einschätzung zur Vorverlegung der Wahlen in DDR auf 18.03.1990.
BM: Er sei zunächst skeptisch über Vorverlegung der Wahlen gewesen. Mittlerweile zeige sich, daß Vorverlegung richtige Entscheidung gewesen sei. Man könne nur hoffen, daß Zeit bis dahin überbrückt werden könne und bisheriges verantwortliches Verhalten der DDR-Bevölkerung anhalte. Lage sei äußerst instabil. Das zeige anhaltend hohe Zahl der Übersiedler. Wenn DDR-Bevölkerung nach den Wahlen in ihren Erwartungen enttäuscht werde, sei ein weiteres Ansteigen der Zahl zu erwarten.

Das Problem bestehe darin, daß die DDR-Bevölkerung zu hohe Erwartungen hinsichtlich der Fähigkeiten einer neuen Regierung habe. Auch nach den Wahlen seien keine schnellen substantiellen Verbesserungen zu erwarten. Nach dem 18. März beginne erst der neue Entscheidungsfindungsprozeß, der Anfang des Wandels zum Besseren. Wichtig sei jedoch, daß DDR-Bevölkerung dann die klare Perspektive der nationalen Einheit und einer substantiellen wirtschaftlichen Hilfe durch die Bundesrepublik Deutsch-

land habe. Schlüssel für letzteres sei die Währungsunion. Die DDR-Bürger müßten für gute Arbeit gutes Geld bekommen.

AM stellt Frage, ob Währungsunion nicht äußerst schwierig sei.

BM bestätigt, daß baldige Einführung der Währungsunion nicht einfach sei. Man müsse sich jedoch fragen, was geschehe, wenn es nicht zur Währungsunion komme. Die Probleme der DDR würden mehr und mehr auch zu unseren eigenen; es sei auf jeden Fall besser, sie in der DDR als bei uns zu lösen. Falls der Aus-siedlerstrom weiter zunehme, wüchsen die Probleme auch bei uns.

MP Modrow habe offenbar die schwierige Lage der DDR sehr ehrlich bei seinem Moskau-Besuch dargelegt. Die Äußerungen Gor-batschows seien zweifellos in der Absicht getan worden, der DDR-Bevölkerung Hoffnung und Perspektive zu geben.

4. AM betonte, daß die deutsch-deutschen Entwicklungen verschiedene Bereiche berührten. Für Alliierte und Partner stellten sich eine Anzahl von Fragen, die zu gegebener Zeit erörtert werden müßten, insbesondere das Verhältnis zur NATO, zur EG, zum KSZE-Prozeß und den Viermächte Verantwortlichkeiten.

Er sei sich bewußt, daß es dabei auch um das richtige "timing" gehe; die Fragen müßten "reif" zur öffentlichen Diskussion sein.

BM: Eine Reihe von Fragen könne gelöst werden, ohne daß die Rechte und Verantwortlichkeiten anderer berührt würden. Dies gelte weitgehend für den Prozeß des wirtschaftlichen Zusammen-wachsens, der unterhalb der Schwelle der Bündnisse, der Vier-mächte Verantwortlichkeiten etc. verlaufe (Hilfe beim Ausbau Sozialsystems, private Investitionen, Währungsunion, medizini-sche Versorgung, Infrastruktur, kommunale Struktur, etc.).

Vereinigungsprozeß zu gestalten, sei nicht nur Entscheidung der Bundesrepublik, sondern auch der demokratisch gewählten DDR-Regierung. Er, BM, sei sich ziemlich sicher, was diese wollen ~~und~~ werde, nämlich die möglichst baldige Einheit, da nur

diese eine schnelle Lösung ihrer inneren Probleme verspreche. Wie diese Vereinigung in Übereinstimmung mit Verpflichtungen der DDR zu bringen sei, müsse DDR selbst entscheiden.

Wir selbst wollten das NATO-Territorium nicht ausdehnen, wir wollten aber auch nicht die NATO verlassen. Unseres Erachtens müßten beide Bündnisse Bestandteile der gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur werden. BM unterstrich in diesem Zusammenhang, daß ihm der polnische AM, auch im Delegationskreis, versichert habe, daß eine Neutralisierung Deutschlands falsch und nicht im polnischen Interesse sei. Sie sei auch nicht in deutschem Interesse. Daß ausgerechnet der Außenminister Polens eine solche Aussage treffe, sei von großer politischer Bedeutung. Er könne nur erneut betonen, daß wir das deutsche Schicksal nicht aus dem Schicksal Europas herauslösen könnten. Das bedeute auch, daß wir weiterhin alles daransetzen würden, die EG-Integration und gleichzeitig den KSZE-Prozeß voranzutreiben.

5. BM: Die Zukunft werde zeigen, welche enorme Bedeutung der KSZE-Prozeß in zwei Aspekten, substantiell und zur Gesichtswahrung der SU haben werde. In einer Situation, in der der WP erodiere, werde es für die SU leichter, wenn der KSZE-Prozeß als Auffangnetz bestehe. Der Westen könne vieles tun, um die derzeitigen Entwicklungen für die SU zu erleichtern. Wichtig sei insbesondere die Erklärung, daß die NATO nicht beabsichtige, ihr Territorium nach Osten auszudehnen. Eine solche Erklärung dürfe sich nicht nur auf die DDR beziehen, sondern müsse genereller Art sein. Beispielsweise brauche die SU auch die Sicherheit, daß Ungarn bei einem Regierungswechsel nicht Teil des westlichen Bündnisses werde.

AM teilt diese Auffassung, hebt jedoch erneut hervor, daß diese Fragen rechtzeitige Diskussion im Bündnis erforderlich machten. So müßten sich die Militärs über die sicherheitspolitischen Konsequenzen für NATO-Doktrin und Streitkräfte-Planung klar werde. Generäle haßten Unsicherheiten.

BM: Es spreche nichts dagegen, die militärischen Aspekte bereits jetzt in der NATO zu diskutieren. Selbstverständlich

könne man schon untersuchen, was die Entwicklungen in Polen, der CSSR, Ungarn und der DDR für die Bedrohungsanalyse und das Kräfteverhältnis zwischen den Bündnissen bedeuten.

Anders sehe es mit dem politischen Rahmen aus. Dieser verändere sich in einem sehr dynamischen Prozeß. Er sei dagegen, dafür Blaupausen zu entwerfen, die die Entwicklungen nur hemmen könnten.

AM stimmt zu.

BM: Natürlich seien für diese Entwicklungen Fixpunkte erforderlich, die in der EG, dem Bündnis und dem KSZE-Prozeß vorgegeben seien.

AM fragt nach sowjetischer Haltung hinsichtlich der Stationierung sowjetischer Truppen in der DDR und amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik.

BM: Abgesehen davon, daß Truppenstationierungen Folge des Zweiten Weltkriegs seien, beruhe die Anwesenheit sowjetischer und amerikanischer Truppen in Europa auf unterschiedlichen Gründen. Die SU sei geographisch Teil Europas. Mitteleuropa ende an der polnischen Ostgrenze, wo Osteuropa beginne. Sowjetische Truppen seien also in Europa anwesend, ob es uns gefalle oder nicht. - Die US-Streitkräfte demgegenüber seien - abgesehen vom Siegermachtstatus - aufgrund von zwei internationalen Instrumenten, dem NATO-Vertrag und der KSZE-Schlußakte, in den europäischen Prozeß eingebunden. Infolgedessen habe das westliche Bündnis eine andere Qualität als der Warschauer Pakt. Es sichere die militärische Präsenz der USA und Kanadas in Europa. Er, BM, glaube allerdings, daß die Anwesenheit der US-Streitkräfte in Europa auch sowjetischen Interessen entspreche. Auf sowjetisch/amerikanischem Gipfel in Malta hätte beide ihre gemeinsame Verantwortung für Europa unterstrichen. Seiner Einschätzung nach sei die SU auch daran interessiert, Streitkräfte in der DDR zu behalten, wenn auch nicht unbedingt in der gegenwärtigen Stärke von 380.000 Mann. Diese Anwesenheit habe auch psychologische Bedeutung; es sei viel sowjetisches Blut geflossen, bis es zu dieser Präsenz

kam. Frage habe jedoch nicht unbedingt etwas mit der deutschen Einheit oder Trennung, auch nicht mit der Mitgliedschaft der DDR im Warschauer Pakt zu tun. Sie sei im übrigen Angelegenheit der neuen Regierung der DDR.

AM fragt, ob nicht Zeit kommen werde, wo DDR-Bevölkerung Abzug verlangt, da SU-Truppen in DDR keine Funktion mehr hätten. Wie sähe Lage in Polen aus?

BM: SU werde ja aus Ungarn und CSSR abziehen. In Polen seien Reduzierungen vorgesehen. Polen sei aber bewußt, daß damit Nervenstrang der SU betroffen sei; es sei auch über die fort-dauernde Anwesenheit einiger sowjetischer Truppen in der DDR nicht unglücklich.

Diskussion werde seines Erachtens zu statisch geführt. Viele Fragen stellten sich in der Zukunft neu. Wichtig sei der europäische Konsens (mit Ausnahme Modrows), daß Deutschland keinen Status bekommen solle, der es aus Europa herausnehme. Interessanterweise habe aber auch Modrow in Gespräch mit MP Späth Neutralität nur als seinen Diskussionsvorschlag qualifiziert. Die Position Genschers, wonach es keine Ausdehnung der NATO nach Osten geben solle, sei für ihn ebenfalls akzeptabel. Daraus lasse sich auch schließen, daß seine Neutralitätsforderung nicht von der SU inspiriert war. Für ihn sei auch kaum vorstellbar, daß die SU Interesse an einem Deutschland haben könne, das aus den europäischen Strukturen herausgenommen sei. Es komme darauf an, der SU im Rahmen des KSZE-Prozesses das Angebot einer Stabilitätspartnerschaft zu machen, das eine Kräfteverschiebung in Europa ausschließe.

Hauptsorge sei jedoch innere Lage in DDR. Falls der bisherige Konsens der Millionen, die die friedliche Revolution in der DDR trügen, zu Ende gehe, werde niemand eine Antwort darauf haben. Die SU werde ihre Streitkräfte nicht einsetzen. Auch in der Viermächte-Verantwortlichkeit werde keine Antwort liegen. Daher sei es die dringendste Aufgabe, ein Chaos in der DDR zu verhindern.

AM stimmt zu. Er fragt nach politischen Aktivitäten, Wahlbündnissen, wirtschaftlichen Aktivitäten, die Lösungen beinhalten könnten.

BM: 3.000 Übersiedler pro Tag seien ein unübersehbares Warnzeichen. Ihn erreichten viele Briefe von Leuten, die auf gepackten Koffern saßen. Dringlichste Aufgabe sei es, für diese Leute Hoffnung zu schaffen und bisherigen Konsens der friedlichen Revolution zu bewahren.

Britischer Botschafter fragt, ob dies durch schnelle Wirtschafts- und Währungsunion möglich.

BM bejaht Frage. Zwar sei Wirtschafts- und Währungsunion vor Wahlen nicht möglich, aber öffentliche Äußerungen, die dies als Ziel bezeichneten, hätten bereits die dringend erforderliche beruhigende Wirkung. Derzeit sinkt die Produktivität schneller als die offiziellen Zahlen (- 5 %) angeben; es werde zu viel diskutiert; der gesamte Staatsapparat sei mit der Frage beschäftigt, was wird aus uns?; und selbst Offiziere der NVA-Armee bewerben sich bei Bundeswehr.

AM hebt hervor, daß er bei seiner Rede vor Konrad-Adenauer-Stiftung versucht habe, Verständnis und Anerkennung für die Behandlung der deutsch-deutschen Entwicklung durch die Bundesregierung auszudrücken. Er hoffe, daß BM seine kontinuierliche Unterrichtung der Bündnis- und EG-Partner weiter fortsetze.

BM sagt dies zu.

AM kommt darauf zurück, daß über europäischen Kontext der deutschen Vereinigung nachzudenken sei. Er frage sich auch, wie SU zu bescheiden sei, die weiterhin auf Debatte der deutschen Einheit im Viererkreis dränge.

BM geht davon aus, daß SU auch AM Baker in Moskau zu Viererdebatte drängen wird. Die Frage sei jedoch, welche Bedeutung ein Treffen der drei Mächte mit der SU für die Millionen in den Straßen der DDR habe. Es sei die Aufgabe der Politik, diesen Millionen Perspektiven aufzuzeigen, damit die bisher sehr ver-

antwortliche Bevölkerung der DDR weiterhin verantwortlich bleibe könne. Er übernehme gerne einen Begriff, den AM Sewardnadse in seinem ISWESTIA-Artikel geprägt habe: den der Dynamik in Stabilität. Wir müßten unser Äußerstes für die Stabilität tun und dabei auch die Sicherheitsinteressen der sowjetischen Seite sehen.

6. Auf Lage in Südafrika übergehend fragt AM, ob nicht bald die Zeit dafür gekommen sei, das Investitionsverbot für Südafrika aufzuheben. Solange Mandela noch im Gefängnis sitze und Notstandsregeln noch in Kraft seien, sei es dafür noch zu früh. Man solle aber bereits darüber nachdenken.

BM hält es noch für zu früh, einen Positionswechsel vorzunehmen. Bisher seien nur einige Vorbedingungen für einen nationalen Dialog erfüllt. Die Zukunft müsse zeigen, ob die südafrikanische Regierung einen wirklichen Dialog auf der Basis der Gleichheit beabsichtige. Vor einem Positionswechsel solle man auch den Rat des ANC, auch den von Mandela einholen.

7. AM fragt, ob BM beabsichtige, an den Unabhängigkeitsfeiern für Namibia teilzunehmen. BM bekräftigt, daß er gerne dabei wäre. Die gegenwärtigen Entwicklungen in der DDR erlaubten ihm jedoch nicht, sich bereits endgültig festzulegen.
8. Abschließend unterstreicht BM unser Interesse daran, daß GB angesichts der positiven Entwicklungen in der UNESCO der Organisation wieder beitrifft. Wir bräuchten britischen Pragmatismus und Vernunft innerhalb der UNESCO.

AM versichert, daß GB deutsches Plädoyer bei Entscheidung berücksichtigen werde. Er könne jedoch nur wenig Hoffnung machen, daß GB sich zu Wiederbeitritt entschließe.

(Mützelburg)

- 2) DD für Botschaft London, D 2, Dg 21, Referat 205
(Vermerk: Abteilung 6 ist über UNESCO unterrichtet)